

TEXTE

182/2020

Ansatzpunkte für eine gesellschaftliche Ressourcenpolitik „Post Corona“

Politikpapier – Teilergebnisse aus dem Projekt „Trendradar Ressourcenpolitik: Sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Treiber der Ressourcennutzung und Potenziale nicht-technischer Maßnahmen und Instrumente der Ressourcenschonung“

TEXTE 182/2020

Ressortforschungsplan des Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Forschungskennzahl 3717 31 102 0

FB000387/ZW,1

Ansatzpunkte für eine gesellschaftliche Ressourcenpolitik „Post Corona“

Politikpapier – Teilergebnisse aus dem Projekt „Trendradar Ressourcenpolitik:
Sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Treiber der Ressourcennutzung und
Potenziale nicht-technischer Maßnahmen und Instrumente der Ressourcenschonung“

von

Michael Schipperges
sociodimensions, Heidelberg

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 [/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)

 [/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)

Durchführung der Studie:

Ecologic Institut
Pfalzburger Str. 43-44
10717 Berlin

IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
Schopenhauerstr. 26
14129 Berlin

Sociodimensions – Institute for Socio-cultural Research
Friedrich-Ebert-Anlage 60
69117 Heidelberg

Abschlussdatum:

September 2020

Redaktion:

Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und –szenarien,
Ressourcenschonung
Ullrich Lorenz

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, Oktober 2020

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

Zusammenfassung:

Die Covid-19-Pandemie in der ersten Hälfte des Jahres 2020 hat das Alltagshandeln und Alltagsdenken der Menschen in Deutschland massiv beeinflusst. Vor diesem Hintergrund hat das Umweltbundesamt im Rahmen des Projekts „Trendradar Ressourcenpolitik“ eine zusätzliche qualitativ-empirische Studie in Auftrag gegeben, in der Auswirkungen der Corona-Krise auf ökologische Themen im Allgemeinen und auf die Einschätzung von im Projekt für die Ressourcenpolitik relevante Trends im Besonderen untersucht werden sollten.

Es zeigt sich, dass einzelne Trend-Aspekte – vor allem vor dem Hintergrund einer krisenbedingten ‚neuen Nachdenklichkeit‘ beziehungsweise verstärkten Reflexivität im Alltag unter neuen Perspektiven gesehen werden. Vor allem die Potenziale der Digitalisierung werden neu eingeschätzt. Daneben werden die Möglichkeiten einer Abkehr vom motorisierten Individualverkehr skeptischer betrachtet, von vielen aber vor allem vor dem Hintergrund der Überlastung des Straßenverkehrsnetzes weiter als notwendig erachtet. Vielfach werden ein verbesserter sozialer Zusammenhalt und mehr Solidarität in der Gesellschaft beobachtet, woraus auch neue Chancen für ein gemeinsames, im Sinne zukünftiger Generationen solidarisches, d.h. nachhaltiges Handeln abgeleitet werden. Bemerkenswert sind Erfahrungen mit der plötzlichen Entschleunigung des Alltags, die während des Lockdowns gemacht wurden und Zeitsouveränität und Zeitwohlstand in einem neuen Licht erscheinen lassen. Außerdem entsteht ein neuer Alltagsmythos: Die „gesundete Umwelt“: Gleichzeitig sind ausgeprägte Sorgen bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise festzustellen, angesichts derer die Prioritäten zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit – einschließlich der sich daraus ergebenden Dilemmata – neu bewertet werden.

Insgesamt hat dabei die Corona-Krise bis dato zu keinen grundlegenden Veränderungen im Alltagsbewusstsein und in den alltäglichen Verhaltensdispositionen geführt. Sie hat aber vorher schon vorhandene kognitive Dissonanzen, konative Dilemmata und emotionale Konflikte weiter verschärft – und führt dazu, dass sich die diesbezüglichen Diskurse zuspitzen. Gleichzeitig sind die Menschen offener für neue Perspektiven geworden und die Bereitschaft, sich mit neuen Problemlösungsansätzen zu beschäftigen, ist gestiegen. Für die Nachhaltigkeits- und Ressourcenpolitik ergeben sich daraus unterschiedliche konzeptionelle und kommunikative Ansätze sowie eine besondere Dringlichkeit, jetzt zu intervenieren.

Summary:

The Covid-19 pandemic in the first half of 2020 has had a massive impact on the everyday actions and everyday thinking of people in Germany. Against this background, the Federal Environment Agency commissioned an additional qualitative and empirical study within the framework of the project “Trendradar Resource Policy” to investigate the effects of the corona crisis on ecological issues in general and on the assessment of trends relevant to resource policy in particular.

It is shown that single aspects of trends are seen from new perspectives, especially against the background of a 'new thoughtfulness' or increased reflexivity in everyday life due to the COVID19-crisis. Above all, the huge potential of digitisation is reassessed. In addition, the possibilities of moving away from motorised private transport are viewed more sceptically. Although, individual motorised mobility is still considered necessary by many, against the background of the congestion of the road network this is seen more sceptically. In many cases, improved social cohesion and more solidarity in society are observed, from which new opportunities for joint, solidarity-based, i.e. sustainable action in the interests of future generations are also derived. Focus is given to the experiences with the sudden deceleration of everyday life which were made

during the lockdown and which show time sovereignty and time prosperity in a new light. At the same time, there is a new everyday myth: the "healthy environment". At the same time, there are pronounced concerns about the economic impact of the Corona crisis, in the face of which the priorities between economic growth and sustainability - including the dilemmas arising from them - are being reassessed.

Overall, the corona crisis has not yet led to any fundamental changes in everyday awareness and behaviour. It has, however, further aggravated previously existing cognitive dissonances, conative dilemmas and emotional conflicts - and has led to a sharpening of the relevant discourses. At the same time, people have become more open to new perspectives and the willingness to engage in new approaches to problem-solving has increased. For sustainability and resource policies, this results in different conceptual and communicative approaches and a particular urgency to intervene now.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	7
Abbildungsverzeichnis	8
Tabellenverzeichnis	8
Hintergrund und Kontext	9
Studienergebnisse und ihre politischen Implikationen	10
Konstanz und Veränderung	10
Verstärkte Reflexivität	10
Neue Potenziale der Digitalisierung	12
(Keine) Renaissance des motorisierten Individualverkehrs	14
Solidarität und Bewahren der natürlichen Lebensgrundlagen	15
Entschleunigung	17
Das (trügerische) Bild der „gesundeten Umwelt“	18
Verschärfte Dissonanz: Wirtschaft versus Umwelt	19
Quellenverzeichnis	24

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Normative Dissonanz.....	22
--------------	--------------------------	----

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Einschätzung der Szenarien in Bezug auf Wahrscheinlichkeit und Wünschbarkeit	20
Tabelle 2:	Zusammenhänge in den Einschätzungen der Szenarien als „wahrscheinlich“ und „wünschenswert“	21

Hintergrund und Kontext

Natürliche Ressourcen langfristig nachhaltig einzusetzen erfordert neben der Anwendung und Verbreitung von ressourcenschonenden Technologien und Infrastrukturen auch Änderungen in individuellen und kollektiven Verhaltensweisen sowie bei sozialen Praktiken. Gesellschaftliche Trends haben insofern einen großen Einfluss auf das Ausmaß der zukünftigen Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen (Hirschnitz-Garbers et al. 2015). Eine zukunftsgerichtete Ressourcenpolitik muss also Trends und deren Wirkungen vorausschauend erfassen und gleichzeitig die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit geplanter politischer Maßnahmen in den Blick nehmen.

Vor diesem Hintergrund wurden im Projekt „Trendradar Ressourcenpolitik“ für die Ressourcennutzung wichtige Trends identifiziert (Hackfort et al. 2019, Hirschnitz-Garbers et al. 2020: 45ff.) und daraus ressourcenpolitische Maßnahmen abgeleitet (ebd.: 59ff.). Die identifizierten Trends wurden im Rahmen einer qualitativ-empirischen Studie im April/Mai 2019 mit Teilnehmenden aus allen sozialen Milieus breit reflektiert und so an den für Ressourcenpolitik relevanten alltäglichen Wahrnehmungen, Einstellungen und Deutungsmustern der Bevölkerung gespiegelt (ebd.: 78ff.). Die empfohlenen politischen Maßnahmen – so war und ist geplant – sollen in einer weiteren empirischen Untersuchung dann ebenfalls mit Bürgerinnen und Bürger aus allen sozialen Milieus diskutiert werden.

Anfang März 2020 erreichte die Covid-19-Pandemie dann Deutschland und Ende desselben Monats wurde das öffentliche Leben weitestgehend eingeschränkt, um eine Ausbreitung der Infektionen zu verlangsamen. Dieser ‚Lockdown‘, ebenso wie das damit verbundene Prinzip des ‚Social Distancing‘ war für die Bürger*innen eine vollkommen neue und unerwartete Erfahrung. Es stand zu erwarten, dass angesichts der absehbaren wirtschaftlichen Rezession, der Schließung der Außengrenzen, der sprunghaften Verbreitung von Home-Office, dem Ausweichen auf Online-Konsum, der erzwungen Entschleunigung des Alltags, der Bedrohung der materiellen Existenz vieler, der absehbaren Konjunkturprogramme und vieler anderer neuer Entwicklungen mehr, Einschätzungen zu Trends wie z.B. ‚Zeitwohlstand‘, ‚Postwachstum‘, ‚rechtspopulistische Strömungen‘, ‚Digitalisierung der Arbeitswelt und des Privaten‘, ‚soziale Unsicherheit und Ungleichheit‘, ‚Sharing‘ oder ‚Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik‘ nun anders ausfallen könnten. Somit würde dann aber auch der Interpretationshintergrund für die Beurteilung von ressourcenpolitischen Maßnahmen durch die Bürger*innen nicht mehr ausreichend aktuell vorliegen.

Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, eine zusätzliche qualitativ-empirische Untersuchung durchzuführen. (Das Umweltbundesamt hat hierfür kurzfristig zusätzliche Mittel bereitgestellt, für die das Projektteam sehr dankbar ist.) Im Rahmen einer Moderierten Research Online-Community (MROC)¹ mit n=110 Teilnehmenden aus allen sozialen Milieus² wurden Trends, Zukunftsszenarien³ und allgemeine Einschätzungen zu Bedeutung und Konsequenzen der Corona-Pandemie für Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz umfassend diskutiert. Um die Ergebnisse in Bezug auf Belastbarkeit und Verallgemeinerbarkeit abzusichern, wurden externe Quellen und weitere Studien – bevorzugt auf repräsentativer Datenbasis – hinzugezogen.

¹ Moderierte Research Online-Communities stellen eine Erweiterung des Methodeninventars der qualitativen Sozial- und Marktforschung dar, die in den letzten Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen hat (Theobald 2017, Holzhauser 2015, Eisele 2011). Dabei handelt es sich um gezielt rekrutierte Personen, mit denen über einen längeren Zeitraum hinweg auf einer geschützten, eigens für das Forschungsvorhaben eingerichteten Internet-Plattform ein durch die Forschenden moderierter Befragungs- und Diskussionsprozess stattfindet. Dabei ermöglicht es die Internet-gestützte Erhebungsform eine Vielzahl von Methoden nutzen, wie beispielsweise Kurzfragebögen, Diskussionsforen, Blogs, Online-Tagebücher, Media-Sharing, Fotobeiträge und viele andere.

² Grundlage für die Auswahl der Teilnehmenden war das Modell der sozialen Milieus von sociodimensions (Schipperges 2019), das auch in anderen Studien der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung zum Einsatz kommt (z.B. BMU / UBA 2019: 73ff.). Hierdurch wird sichergestellt, dass alle relevanten Bevölkerungssegmente (Alters-, Einkommens-, Bildungsgruppen, Haushaltstypen etc.) in der Stichprobe vertreten sind. Sie bestand je zur Hälfte aus Männern und Frauen und war über alle Bundesländer gestreut.

³ Zu den reflektierten Trends siehe Hackfort et al. 2019, zu den diskutierten Szenarien Schipperges 2020.

Studienergebnisse und ihre politischen Implikationen

Konstanz und Veränderung

Es ändert sich alles und bleibt doch dasselbe. So könnte man die Ergebnisse dieser qualitativ-empirischen Reflexion zusammenfassen. Auch andere, repräsentative Umfragen kommen zu diesem Befund: So sind beispielsweise zwei Drittel der Deutschen der Ansicht, dass „nach der Bewältigung der Corona-Pandemie nichts mehr so wird, wie es war“.⁴ Gleichzeitig kommen Forscher*innen aufgrund von ebenfalls repräsentativen Studien zu dem Schluss: „Wenn wir uns Einstellungsveränderungen als Reaktion auf die Covid-19-Krise ansehen, sehen wir, dass die Menschen ihre Auswirkung vor dem Hintergrund derjenigen Werte interpretieren, die sie vorher bereits hatten“ – und diese sind in einer pluralen Gesellschaft sehr unterschiedlich.⁵

Darüber hinaus bleiben grundsätzliche Befunde auch angesichts der Corona-Krise bestehen: Die Notwendigkeit des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen wird von der Bevölkerung fast einhellig anerkannt und ist zu einer breit verankerten sozialen Norm geworden (BMUB / UBA 2017: 21). Insbesondere die Thematik des Klimawandels sowie der Schutz der Meere und Wälder sowie der biologischen Vielfalt stehen dabei im Vordergrund (ebd.: 18). Aspekte der planetaren Grenzen bei der Nutzung (anderer) natürlicher Ressourcen sind im alltäglichen Denken und Handeln dagegen weniger präsent (Schipperges et al. 2018: 116). Dabei konfrontiert die Notwendigkeit der Ressourcenschonung die Menschen im Alltag mit verschiedenen Dilemmata, weil die derzeitigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen und die vorherrschenden Anforderungen an die Alltagsbewältigung als mit einer konsequenten Ressourcenschonung oft kaum vereinbar wahrgenommen werden (ebd.).

- ▶ Um zu beurteilen, inwiefern die im Folgenden berichteten Einstellungs- und Verhaltensänderungen in der Bevölkerung von Dauer sein werden, ist es zu früh (und auf empirischer Basis ohnehin unmöglich).
- ▶ Die Veränderung von Einstellungen und Verhaltensdispositionen in der Bevölkerung wird nicht zuletzt vom weiteren Verlauf der Entwicklung der Corona-Pandemie abhängen – die ihrerseits wiederum von politischen, wirtschaftlichen und anderen (strategischen) Entscheidungen gestaltet wird.

Verstärkte Reflexivität

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise ist eine allgemeine ‚neue Nachdenklichkeit‘ oder verstärkte Reflexivität festzustellen. Durch die überraschenden, ja schockierenden Erfahrungen während des Lockdowns und die Tatsache, dass ein derartiges Pandemie-Ereignis von kaum jemandem erwartet wurde, wird – bei sich selbst wie bei den Mitmenschen – ein allgemeines „Umdenken“⁶ und gleichzeitig eine tiefe Verunsicherung sichtbar. Viele bisher unhinterfragt akzeptierte Glaubenssätze und selbstverständlich praktizierte Routinen werden „mit neuen Augen“ betrachtet. Vielfach sind damit Erwartungen an eine andere Politik und an eine andere, neue Gestaltung der Gesellschaft verbunden.

⁴ Nach einer repräsentativen Online-Befragung der Gesellschaft für Innovative Marktforschung (GIM) zwischen dem 3. und 8. April 2020, zitiert nach marktforschung.de, online: <https://www.marktforschung.de/aktuelles/marktforschung/mehrheit-der-deutschen-laesst-sich-von-corona-nicht-das-leben-bestimmen> (zuletzt 30.07.2020).

⁵ Ipsos: Global Trends 2020 – Covid-19; online: <https://www.ipsosglobaltrends.com/covid-19> (zuletzt 30.07.2020).

⁶ Originalton-Zitate aus den Beiträgen der Teilnehmenden an der Online-Community sind durch Anführungszeichen und Kursivschrift („Zitat“) gekennzeichnet. Gelegentlich werden mehrere ähnlich lautende Originalton-Zitate zu einer ‚idealtypischen‘ Formulierung zusammengefasst.

Es zeigt sich aber auch, dass die Menschen die Welt und ihre Um-Welt weiterhin vor dem Hintergrund langfristig erworbener Prägungen und grundlegender Wertorientierungen (die letztlich ihre Milieu-Zugehörigkeit ausmachen) deuten – und diese Grundorientierungen ändern sich nur allmählich und in längeren Zeiträumen. So ergibt sich bei näherer Betrachtung, dass das ‚Umdenken‘ vor allem im Sinne einer Bekräftigung und Pointierung der eigenen Überzeugungen gedeutet wird. Wer schon immer mehr Umweltschutz, Konsumverzicht oder eine Entschleunigung des Alltags wünschte, sieht sich durch die aktuellen Entwicklungen darin bestätigt, dass diese Dinge jetzt wichtiger geworden seien; wer immer schon mehr wirtschaftliches Wachstum und Effizienz oder eine Beschleunigung der Digitalisierung forderte, sieht sich nun vielfältige Gründe, dass es nun umso wichtiger sei; und wer für eine stärkere Berücksichtigung nationaler Interessen plädierte, findet im Krisenverlauf ausreichend Anlass, dies nun verstärkt zu verlangen.

Auffällig deutlich waren in der vorliegenden Studie Umorientierungsprozesse in unterprivilegierten Gesellschaftsgruppen festzustellen. Angestoßen durch die Erfahrungen während des Lockdowns mit nur wenig Konsummöglichkeiten, entsteht eine tendenzielle Abwendung von materialistischen Einstellungen („mithalten wollen“) und eine Hinwendung zu minimalistisch-postmateriellen Orientierungen („mit weniger als sonst glücklich, [...] ruhiger und zufriedener sein“ / „Ich mache mir nicht mehr so viel aus Geld, andere Werte werden gerade wichtiger“).

Die Diskussion um eine Deutung des aktuellen Geschehens und die zu erwartenden zukünftigen Entwicklungen ist insofern intensiver und akzentuierter geworden. Gleichzeitig hat sich der Vorstellungsräum durchaus für neue Perspektiven geöffnet. Für an Nachhaltigkeit orientierte Politikmaßnahmen heißt das:

- ▶ Zum jetzigen Zeitpunkt – d.h. in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 – ergibt sich ein Gelegenheitsfenster, aktuell vorhandene Ansätze von Umdenken und Neuorientierung aufzugreifen, in die gesellschaftlichen Diskurse einzubringen und dort zu stärken sowie Argumente und Vorschläge für eine konsequente und ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik sichtbar und hörbar zu machen. „Jetzt, in den Wirren der Krise, wird um die Deutungshoheit über die Zukunft gerungen“.⁷
- ▶ Dabei gilt es, diese Diskussionen möglichst breit zu führen, d.h. unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und soziale Milieus auf unterschiedlichen Kanälen jeweils zielgruppenspezifisch adäquat anzusprechen und interaktiv (z.B. in „Bürger*innen-Dialogen“) mit ihnen zu kommunizieren.⁸
- ▶ Lösungsvorschläge sollten neben den ökologischen Anliegen immer auch die Bedarfe der alltäglichen Lebenswelten berücksichtigen und „zeigen, wie Zukunftsinvestitionen so gestaltet werden können, dass sie auch die Ängste und Verunsicherungen im Hier und Jetzt adressieren“.⁹
- ▶ Insbesondere in unterprivilegierten Gesellschaftsgruppen (Prekäre Milieus, Junge Distanzierte) können aktuell stattfindende Prozesse der Umorientierung auf postmaterielle Werte und minimalistische bzw. suffiziente Lebensstile aufgegriffen werden – Voraussetzung dafür sind Konzepte, die eine garantierte Existenzsicherung beinhalten und Teilhabe, aber auch soziale Anerkennung auf einem ‚ressourcenleichten‘ Konsumniveau ermöglichen.

⁷ Dirk Messner: Risiken und Chancen im Umgang mit der Corona-Krise; online: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/risiken-chancen-im-umgang-der-corona-krise> (Zuletzt 30.07.2020).

⁸ Vgl. den Bürger*innen-Dialog zur Ressourcenwende, der 2015 und nochmals 2019 durchgeführt wurde: <https://www.gespraechstoff-ressourcen.de/progress2/informationen.html> (Zuletzt 30.07.2020)).

⁹ Dirk Messner a.a.O.

Neue Potenziale der Digitalisierung

Aus Sicht der in dieser Studie Befragten ist die Digitalisierung der (Mega-) Trend, der im Zuge der Corona-Krise – nicht nur in der Gesellschaft allgemein, sondern ganz konkret in ihrem persönlichen Alltag – den größten Schub erfahren hat. Im Vordergrund stehen dabei die Erfahrungen mit dem Home-Office. Diese werden ganz überwiegend positiv bewertet („*Ich bin froh, dass hier endlich etwas ins Rollen gekommen ist*“). Besonders vorteilhaft werden „*eine bessere Work-Life-Balance*“, mehr Zeitsouveränität („*sich die Arbeit selbst einteilen können*“) und die „*Zeiterparnis durch den Wegfall von Arbeitswegen*“ hervorgehoben. Zwar berichten einige der Befragten, dass die Gleichzeitigkeit von Kinderbetreuung und Berufstätigkeit zuhause zusätzliche Stressmomente mit sich gebracht habe, gehen aber davon aus, dass dieser Aspekt nach der Wiedereröffnung von Schulen und Kindergärten zukünftig weniger bedeutsam sein werde. Einige sehen auch Gefahren hinsichtlich der Entgrenzung von Arbeit oder des Verlusts sozialer Kontakte. Eine durch mehr Heimarbeit bedingte Rückkehr zu traditionellen Geschlechtsrollenmustern wird dagegen nicht wahrgenommen („*Dafür sind die Frauen heute viel zu selbstbewusst*“). Insofern besteht Einigkeit in der Annahme, dass sich diese durch die Corona-Situation beschleunigte Entwicklung langfristig fortsetzen werden wird; aus der individuellen Perspektive erscheint dies für eine große Mehrheit auch wünschenswert.¹⁰

Aus ökologischer Sicht erscheint den Befragten die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt überwiegend vorteilhaft: Durch Home-Office-Tätigkeiten werden berufsbedingte Fahrten reduziert; Video-Konferenzen und Telemetings reduzieren die Geschäftsreisetätigkeit; es werden weniger Büroräume benötigt: diese könnten zu (bezahlbaren) Wohnräumen in den Innenstädten umgewandelt – und somit Pendlermobilität reduziert – werden. Dennoch werden – nach wie vor – sozial problematische Seiten einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt thematisiert. Einerseits spielen hier der Verlust von Arbeitsplätzen und eine weitere Spreizung des Arbeitsmarktes in gut gebildete, digital Kompetente und gering qualifizierte, digital Abgehängte (der so genannte *Digital Divide*) eine Rolle. Andererseits wird die –in der Covid-19-Pandemie besonders deutlich gewordene – Bedeutung von Berufen, die in, mit oder an sozialen Beziehungen arbeiten, d.h. Heilende, Pflegende, Lehrende, Betreuende etc., besonders hervorgehoben.

Im Privatleben sind sowohl Chancen wie Risiken digitaler Medien und Technologien verstärkt ins Alltagsbewusstsein gerückt. Home-Schooling und Online-Lernen sind für viele zu neuen Erfahrungen geworden, die meist ambivalent beurteilt werden („*Da habe ich gute Seiten entdeckt, aber vieles habe ich auch vermisst*“). Die digitalen Potenziale im Gesundheitswesen sind erstmals für viele sichtbar geworden. Internet-gestützte Unterhaltungsmedien¹¹ und Online-Shopping¹²

¹⁰ Nach einer Ipsos-Umfrage bei Arbeitnehmer*innen in Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten in Deutschland, Frankreich, UK, USA und der Schweiz haben 85 Prozent derjenigen, die während der Pandemie Home-Office-Erfahrungen hatten, diese positiv bewertet. Dabei gab es keine signifikanten Unterschiede nach Geschlecht und Familiensituation. Für 39 Prozent hat sich dadurch die Work-Life-Balance spürbar verbessert. Online: www.ipsos.com/sites/default/files/ct/publication/documents/2020-06/wp_corona_als_katalysator.pdf (zuletzt 31.07.2020).

Laut einer Umfrage des Ifo-Instituts bei 7.800 Unternehmen erwarten 54 Prozent der Betriebe, dass Home-Office dauerhaft zunehmen wird. Online: www.ifo.de/DocDL/sd-2020-07-alipour-falck-schueller-homeoffice.pdf (zuletzt 31.07.2020).

Eine Umfrage des Progressiven Zentrums und der Universität Konstanz hat ergeben, dass 56 Prozent der Befragten auch in Zukunft mindestens teilweise von Zuhause aus arbeiten möchten. Das Wunschmodell ist eine ausbalancierte Mischung aus Homeoffice und Präsenztätigkeit. Besonders positiv schätzt die überwiegende Mehrheit von mehr als 70 Prozent der Befragten die Möglichkeit ein, Arbeits- und Privatleben im Homeoffice miteinander zu vereinbaren, unabhängig davon, ob minderjährige Kinder zu betreuen sind oder nicht. Online: www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2020/07/Studie_Home-Office-in-der-Corona-Krise.pdf (zuletzt 31.07.2020).

¹¹ Das Handelsblatt, 16.07.2020, berichtet, der pandemiebedingte Kundenansturm bei Netflix hat inzwischen schon wieder deutlich nachgelassen: Online: www.handelsblatt.com/technik/it-internet/streaming-dienst-corona-boom-bei-netflix-ebbt-ab-ted-sarandos-wird-co-ceo/26012864.html?ticket=ST-12494975-Gb4KnWn15E1fKQSSvW2n-ap4 (Zuletzt 31.07.2020).

¹² Daten des Marktforschungsinstituts Innofact (Stand: KW 26) zeigen: Der Anteil der Online Käufe in ausgewählten Retail-Branchen wächst in Zeiten der Corona Krise nicht. INNOFACT Corona Handelstracking, Düsseldorf, 30.06.2020.

spielten dagegen allenfalls in Teilgruppen eine größere Rolle als vor der Pandemie. Es steht zu erwarten, dass ihre Nutzung sich rasch wieder auf ein Vorkrisenniveau einpendelt. Das Interesse an Smart-Home-Devices ist dagegen größer geworden – und einige der Befragten haben die während des Lockdowns kurzfristig verstärkt zuhause verbrachte Zeit dafür genutzt, derartige Anwendungen im eigenen Alltag auszubauen.¹³

Insgesamt werden in Deutschland verstärkt Defizite in den digitalen Infrastrukturen wahrgenommen („Da gibt es noch viel Nachholbedarf“), deren Auswirkungen, so die Berichte der Befragten, gerade während des Corona-bedingten Lockdowns vermehrt unmittelbar erfahren wurden. Die Ressourcenproblematik der Digitalisierung ist dagegen insgesamt eher in den Hintergrund getreten. Für die Ressourcenpolitik können sich folgende Ableitungen ergeben:

- ▶ Die verbreiteten Wünsche nach mehr Home-Office (und mobiler Arbeit) in Zusammenarbeit mit arbeits- und sozialpolitischen Akteuren aufgreifen und dabei insbesondere die von den Beschäftigten erwünschte Reduzierung von Fahrtwegen und -zeiten in den Vordergrund stellen. „Stärkung von Initiativen in Wirtschaft und Gesellschaft zur konsequenten Weiterentwicklung der durch Corona-Maßnahmen bedingten positiven Effekte einer digitalen Kultur und neuer Organisations- und Arbeitsformen (z. B. virtuelle Treffen statt Dienstreisen, Telearbeit, digitale Verwaltung etc.)“ (UBA 2020: 12).
- ▶ In diesem Zusammenhang auch Entwicklung neuer, kreativer Vorschläge z.B. für dezentrale (und wohnortnahe) Zusammenkünfte von Arbeitnehmenden, durch die realweltliche (offline) Kontakte und Kooperation mit Kolleg*innen ermöglicht, Fahren in (weiter entfernte) Firmensitze jedoch trotzdem vermieden werden können.
- ▶ Verstärkte Sensibilisierung und Information zu den – positiven wie negativen – Ressourcenerwirkungen der Digitalisierung im Privaten; dabei kommunikativ anknüpfen an im Lockdown gemachte Erfahrungen und die damit verbundene ‚verstärkte Reflexivität‘ (Schwerpunkte: Online-Konsum und digitale Unterhaltungsangebote).
- ▶ Evaluation und Diskussion möglicher, mit der Digitalisierung der Arbeitswelt, insbesondere zunehmendem Home-Office, virtueller Team-Meetings und mobiler Arbeit verbundener zusätzlicher Ressourcennutzung (elektrische Energie, IT-Geräte etc.), um Rebound-Effekte zu vermeiden bzw. die Ressourcenschonungspotenziale optimal auszunutzen (z.B. durch arbeitgeber-geförderte Ökostrom-Nutzung, firmeninterne ‚grüne‘ IT-Netzwerke und Rechenzentren, ökologisch-orientierte Beschaffung etc.)
- ▶ Verteilungsfragen zur digitalen Dividende („immer mehr in immer kürzerer Zeit mit immer geringerem Aufwand zu tun“ – BMU 2020: 13) nicht nur hinsichtlich der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen, sondern auch mit Blick auf menschliche (Zeit-) Ressourcen zu adressieren.

Nach den Daten des Bundesverbands E-Commerce und Versandhandel Deutschland sind die Online-Umsätze während des Lockdowns um insgesamt 18 Prozent zurückgegangen. Zitiert nach DIE ZEIT; Online: www.zeit.de/2020/22/online-shopping-corona-krise-umsatzeinbruch-klimawandel (zuletzt 17.07.2020).

¹³ Nach einer Umfrage der Unternehmensberatung Accenture ist während der Covid-19-Pandemie die Zahl der Verbraucher, die am Kauf oder an einer verstärkten Nutzung derartiger Technologien interessiert sind, deutlich gewachsen. Mehr als die Hälfte der Befragten hätten angegeben, dass sie sprachgestützte digitale Assistenten, Apps für Online-Empfehlungen, Self-Service-Apps, intelligente Haushaltsgeräte und Wearables voraussichtlich verstärkt nutzen werden. Zitiert nach Horizont, 05.05.2020, online: www.horizont.net/marketing/nachrichten/accenture-studie-wie-die-corona-krise-ethischen-und-digitalen-konsum-foerdert-182790 (zuletzt 31.07.2020).

(Keine) Renaissance des motorisierten Individualverkehrs

Corona-bedingt ist eine neue Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs – als mobile Isolation bzw. isolierte Mobilität – entstanden.¹⁴ Diese wird von den Befragten allerdings eher als ein vorübergehendes Phänomen angesehen. Mittelfristig gilt eine Verkehrswende – nach wie vor – unvermeidlich. Aus der Perspektive der individuellen Lebenswelten spielen dabei zwar auch – sozial normativ geprägt – ökologische Gesichtspunkte eine Rolle; aus der Alltagsicht noch wichtiger sind jedoch die Überlastungserfahrungen mit der automobilen Infrastruktur („*Verkehrsinfarkt*“). Gleichzeitig werden öffentliche Verkehrsinfrastrukturen vermehrt im Sinne von öffentlichen oder ‚Gemeingütern‘ – deren Bedeutung im Zuge der Pandemie-Erfahrung ebenfalls verstärkt ins Alltagsbewusstsein getreten ist – betrachtet.

Zusätzliche Attraktivität hat der Fahrradverkehr¹⁵ bekommen, bei dem ebenfalls Möglichkeiten für eine sowohl individuell unabhängige und – voraussichtlich noch für längere Zeit erforderliche – physische Nähe vermeidende, dazu gesundheitsfördernde und ökologisch vorteilhafte Form der Mobilität wahrgenommen werden. Die Zunahme des Radverkehrs wird dabei als ein allgemeiner Trend – und implizit als Wirtschaftsfaktor, zumal zur Stärkung der lokalen Wirtschaft – gesehen („*Fahrradläden hatten ihre umsatzstärksten Monate*“). Positiv vermerkt werden kurzfristige Fördermaßnahmen für den Radverkehr während der Corona-Krise („*Pop-up-Fahrradstreifen*“), die als Maßnahmen eines kreativen Krisenmanagements aufgefasst werden und von denen sich viele wünschen, sie möchten verstetigt werden. Daneben bleiben Forderungen bestehen, den öffentlichen (Nah-) Verkehr auszubauen. Gegenüber der Förderung von Elektro-Autos bestehen dagegen vielfach Vorbehalte („*zu teuer*“, „*nicht praxistauglich*“); andere wiederum sehen gerade darin eine Chance, die Vorteile des motorisierten Individualverkehrs unter ökologischen Vorzeichen beizubehalten.

Für die Umwelt-, Klima- und Ressourcenpolitik lässt sich ableiten:

- ▶ Es ist dringend geboten, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr (MIV) aufzuzeigen und auszugestalten, die auch unter verschärften Hygiene-Gesichtspunkten praktikabel und attraktiv erscheinen. Öffentliche Investitionen in zusätzliche Kapazitäten beispielsweise im ÖPNV bei gleichzeitig geringerer Auslastung (pro Einheit) können mit der ‚Gemeinwohl-Funktion‘ legitimiert werden. Kurzfristige Umwidmungen von Verkehrsflächen beispielsweise für den Fahrrad- oder Fußverkehr können mit ökologischen, hygienischen wie mit sozialraum-bezogenen Wirkungen begründet werden. Situations-adäquates kreatives Verwaltungshandeln kann vor dem Hintergrund der ‚neuen Nachdenklichkeit‘ dabei auf grundlegendere Veränderungsbedarfe aufmerksam machen und zudem Sympathiepunkte einheimen.
- ▶ Argumente für eine Verkehrswende sollten nicht nur ökologische Herausforderungen, sondern auch die alltagsbezogenen Entlastungswirkungen thematisieren, die sich hinsichtlich eines nahe am „*Verkehrsinfarkt*“ wahrgenommenen MIV ergeben. Konzepte, die (individuelle) E-Mobilität als Lösung der Klima- und Umweltprobleme des MIV beinhalten, sollten unter diesem Aspekt kritisch diskutiert werden.

¹⁴ Nach einer Studie des Marktforschungsunternehmens puls meinen 55 Prozent der Befragten, dass die Corona-Krise bei ihnen dazu führt, dass sie von öffentlichen Verkehrsmitteln auf Autos umsteigen, weil sie dort vor Ansteckung besser geschützt sind. Zitiert nach Automanager: Online: <https://automanager.tv/?p=19032> (zuletzt 30.07.2020).

¹⁵ Einer YouGov-Umfrage im Auftrag von Check24 waren 18 Prozent der Befragten häufiger mit dem Fahrrad unterwegs. Zitiert nach Absatzwirtschaft, 24.07.2020. Online: www.absatzwirtschaft.de/top-8-corona-analysen-e-autos-verganes-essen-und-reisestornos-173676 (zuletzt 30.07.2020).

Solidarität und Bewahren der natürlichen Lebensgrundlagen

Viele der Befragten haben in der akuten Phase der Corona-Pandemie (März bis Juni 2020) – trotz ‚*Social Distancing*‘ – einen verbesserten **sozialen Zusammenhalt** wahrgenommen („*Die Gesellschaft ist zusammengerückt*“).¹⁶ Erwähnt werden vor allem die vielfältigen Hilfsangebote und Nachbarschaftsinitiativen, die während des Lockdowns spontan erschienen sind. Die so entstandene „*Solidarität*“ habe zu der weitgehend als geglückt aufgefassten Krisenbewältigung beigetragen. In dem Bemühen, sich selbst und andere, insbesondere so genannte Risikogruppen zu schützen, sei eine verstärkte „*Achtsamkeit*“ füreinander entstanden, die – so die Hoffnung einiger – in Zukunft auch für die Bewahrung der gemeinsamen natürlichen Lebensgrundlagen zum Tragen kommen könnte („*Vielleicht klappt dieser Zusammenhalt ja auch, wenn wir gemeinsam unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern wollen?!*“). In Analogie zur Corona-Krise, in der es darum ging, gegenwärtige Menschenleben zu retten, gehe es in der Umwelt- und Klimakrise darum, die zukünftigen Lebenschancen zu erhalten.

In diesem Zusammenhang werden weitere Querbezüge hergestellt: Ein verstärkter Trend zur Regionalisierung des Konsums¹⁷ wird sowohl mit dem Corona-bedingten Wunsch, (kleineren) vom Lockdown wirtschaftlich hart getroffenen Anbietern zu helfen als auch mit ökologischen Vorteilen in Verbindung gebracht. Gestiegene Absichten, sich gesund – und dabei vor allem fleischreduziert oder sogar vegetarisch oder vegan zu ernähren¹⁸ – wird sowohl mit der subjektiv größeren Bedeutung der eigenen Gesundheit als auch mit der deutlicher zutage getretenen Notwendigkeit, Menschen – und Tierleid¹⁹ sowie Umweltbelastungen zu verringern. Schließlich werden zahlreiche Do-it-yourself- und Do-it-together-Aktivitäten sowie Maßnahmen zur Nutzungsdauerverlängerung und -intensivierung (z.B. „*selbst kochen*“, „*backen*“, „*nähen*“, „*stricken*“, „*basteln*“, „*Salat und Gemüse anbauen*“, „*reparieren*“, „*Sachen verschenken*“ und „*Foodsaving*“) angesprochen, die während der akuten Phase der Corona-Pandemie verstärkt betrieben, den – familiären wie nachbarschaftlichen oder sozialen – Zusammenhalt gestärkt und gleichzeitig mehr umweltbewusstes Handeln zur Folge gehabt hätten. Gleichzeitig sind öffentliche oder ‚Gemeingüter‘, die unabhängig von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen für das „*Gemeinwohl*“ bereitstehen sollten, im Zuge der Pandemie-Erfahrung vermehrt ins Alltagsbewusstsein gerückt. Insbesondere frei zugängliche, kostenlose Online-Angebote sowie das gemeinschaftliche Teilen von Wissen und Informationen im Internet, das Gesundheitswesen und Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs stehen hier im Vordergrund.

Sharing-Aktivitäten erscheinen dagegen durch das *Social Distancing* zunächst erschwert zu werden („*Wir sollen ja Kontakte vermeiden*“). Hier gehen die Befragten aber davon aus, dass es sich um einen vorübergehenden Zustand handelt. Gleichzeitig erhält das Sharing-Prinzip bei vielen im Zusammenhang mit einer solidarischen Gesellschaft wertebezogen eher noch größere Bedeu-

¹⁶ Die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen einen deutlichen Anstieg des „zwischen-menschlichen Vertrauens“. Auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewerten die Befragten des SOEP in Zeiten der Corona-Krise besser als zuvor. Während im Jahr 2019 noch 32 Prozent angaben, sich große Sorgen um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu machen, sind es während der Corona-Krise nur 22 Prozent. 70 Prozent der Befragten den Zusammenhalt in der Nachbarschaft in der aktuellen Krisensituation als sehr gut oder gut (Kühne, Simon et al. 2020: Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Die meisten Menschen sind zufrieden mit dem staatlichen Krisenmanagement und vertrauen einander. DIW-Nachrichten Nr. 49, 03.07.2020).

¹⁷ Aus einer Studie von QVC, Trendbüro und Bonsai Research: 71 Prozent der Befragten sagen, es ist ihnen durch die Corona-Krise wichtiger, dass Produkte regional hergestellt werden. Zitiert nach Horizont, Online: www.horizont.net/planung-analyse/nachrichten/new-normal-welche-trends-bleiben-nach-der-corona-krise-183568 (zuletzt 30.07.2020).

¹⁸ Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes wurden im ersten Quartal 2020 Fleischersatzprodukte wie vegetarische Brotaufstriche, Sojabratlinge oder Tofu vermehrt nachgefragt und verstärkt produziert: Die Menge der zum Absatz bestimmten Fleischersatzprodukte erhöhte sich 37 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Zitiert nach Absatzwirtschaft, 24.07.2020, Online: www.absatzwirtschaft.de/top-8-corona-analysen-e-autos-verganes-essen-und-reisestornos-173676 (zuletzt 31.07.2020).

¹⁹ Die vielfachen Corona-Hotspots unter Arbeiter*innen der industriellen Fleischproduktion und unter Erntehelfer*innen werden dabei von den Befragten häufig genannt.

tung („*Sharing is Caring*“). Bemerkenswert ist der Aspekt, dass unter Corona-Bedingungen offensichtlich vermehrt Immaterielles (Zeit, Fürsorge, Zuwendung) als teilbar und zu Teilendes betrachtet werden. Vor allem von Jüngeren wird auf digitale Plattformen hingewiesen, die es ermöglicht haben, Teilen auch ohne physischen Kontakt untereinander zu praktizieren.

Dabei wird von einigen (wenigen) Befragten ein verstärkter sozialer Zusammenhalt vor allem auf das eigene Land (d.h. Deutschland) bezogen gewünscht und dabei auch eine stärkere Fokussierung auf nationale Interessen gewünscht. Weitaus mehr Teilnehmende sehen in der Corona-Krise einen Anlass, bisherige Paradigmen der (neoliberal dominierten) Globalisierung zu überdenken. Überwiegend besteht aber die – im Zuge der Corona-Ereignisse weiter gestärkte – Überzeugung, dass weltweite Probleme, darunter die Umwelt- und Klimakrise nur auf globaler Ebene und durch noch weiter zu verstärkende internationale Zusammenarbeit gelöst werden können.²⁰

Für Umwelt-, Klima- und Ressourcenpolitik können sich daraus die folgenden Ableitungen ergeben:

- ▶ Das ‚Solidaritäts-Momentum‘ der Corona-Krise kann für eine ‚Humanisierung‘ des Umwelt- und insbesondere des Ressourcenschutzes genutzt werden: So, wie „wir“ in der Corona-Pandemie – auch durch Verzicht und die Akzeptanz von Einschränkungen – andere, z.B. Risikogruppen geschützt haben und zum Erhalt eines funktionsfähigen Gesundheitssystems beigetragen haben, können „wir“ auch solidarisch mit den kommenden Generationen oder bestimmten Gruppen im globalen Süden handeln, indem wir schonend mit den natürlichen Ressourcen umgehen und die Bedingungen, unter denen sie gewonnen werden, reflektieren. Anstelle einer – von vielen im Alltag eher abstrakt erlebten – ‚Ressourcenproblematik‘ oder ‚Ressourcenkrise‘ stünden dann eher die menschlichen Aspekte der Ressourcennutzung und ihre intergenerationalen und internationalen Zusammenhänge im Vordergrund. Gerade vor dem Hintergrund der individuellen Pandemie-Erfahrungen kann hierdurch möglicherweise eine stärkere emotionale Aufladung (sozial-) ökologischer Anliegen erreicht werden.
- ▶ (Weitere) konkrete Informationen über die (globalen) Auswirkungen der (Über-) Nutzung bestimmter Ressourcen auf die Lebens- und Umweltbedingungen bestimmter (heute oder zukünftig lebender) Menschen können vor diesem Hintergrund auf verstärktes Interesse stoßen und – gerade jetzt – Verhaltensänderungen anstoßen.
- ▶ Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz grundsätzlich mit Weltoffenheit und Zukunftsorientierung konnotieren; klare Abgrenzung von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2008).
- ▶ Verweise auf die im sozialen Sinne nützliche „Gemeinwohl-Funktion“ ökologisch sinnvoller Infrastrukturen können die Akzeptanz von Investitionen (z.B. in den öffentlichen Verkehr) fördern, selbst wenn damit keine betriebs- oder volkswirtschaftlichen Vorteile verbunden sind.

²⁰ Eine durch die Corona-Krise verstärkt wahrgenommene Interdependenz zwischen den EU-Mitgliedsstaaten wird beispielsweise auch in einer repräsentativen Studie der Universität Konstanz festgestellt: Koos, Sebastian / Leuffen, Dirk (2020): *Betten oder Bonds? Konditionale Solidarität in der Corona-Krise*. Policy Paper No. 1, 01. Juli 2020, Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ der Universität Konstanz. Internet: https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/50027/Koos_2-1u5eey7yldqkt2.pdf?sequence=3&isAllowed=y (zuletzt 31.07.2020).

- Praxishinweise geben, wie Sharing-Aktivitäten auch unter den Bedingungen des Social Distancing betrieben und ökologisch negative Rebound-Effekt dabei vermieden werden können.

Entschleunigung

Wie schon in der Vorgängerstudie (Hirschnitz-Garbers et al. 2020) zeigte sich ein besonderes Interesse der Befragten am Thema ‚Zeit‘ darin, dass der Trend „Neue Zeitregimes und Entschleunigung“ unter den verschiedenen zur Diskussion gestellten Trends am häufigsten für eine vertiefende Reflexion ausgewählt wurde. Gleichzeitig werden dabei verschiedenste Querbezüge zu anderen Trendthemen hergestellt, insbesondere zur Digitalisierung, zum Wirtschaftswachstum, zu sozialer Unsicherheit und zu Suffizienz. Insofern werden bei dieser Thematik verschiedene Herausforderungen der gegenwärtigen Entwicklung als miteinander verknüpft wahrgenommen und in einen Zusammenhang gestellt werden. Sehr verbreitet ist die Sichtweise, dass die Zeit selbst eine wichtige und knappe Ressource sei, die es – ebenso wie die natürlichen – bewusst zu nutzen und zu schonen gelte.

Durch den Corona-bedingten Lockdown sind Fragen nach einem neuen und sinnvollen Umgang mit Zeit verstärkt im Alltagsbewusstsein präsent. Viele Befragte berichten von positiven, erfüllenden und befriedigenden neuen Erfahrungen, die sie im Zuge der „*erzwungenen Entschleunigung*“ während des Lockdowns gemacht hätten (z.B. mehr Do-it-yourself, mehr gemeinsame Aktivitäten in der Familie – „*noch nie habe ich so viel gute Zeit mit meinen Kindern verbracht*“).²¹ So ist festzustellen, dass gerade im persönlichen Bereich der Wunsch – oder die Sehnsucht – nach mehr Zeitwohlstand und Zeitsouveränität nach wie vor stark ausgeprägt ist. Dabei stehen Zeitwohlstand und Entschleunigung für viele in Zusammenhang mit einer wünschenswerten, weniger materiell ausgerichteten Lebensweise. Für andere verbindet sich mit den Konzepten von Zeitwohlstand und Zeit-Souveränität, oft kombiniert mit Post-Wachstums- und Suffizienz-Ideen, ein unbestimmter, eher fühl- als erklärbarer Zustand von Leichtigkeit, der angesichts vielfältiger Belastungen, denen man sich heute ausgesetzt sieht, durchaus erstrebenswert erscheint. So geben die Erfahrungen des Lockdowns Anlass, über die Vorteile einer entschleunigten, stressfreien und dematerialisierten Lebensweise nachzudenken.

Insbesondere werden die Potenziale der Digitalisierung für mehr Zeitwohlstand und neue Zeitregimes diskutiert. Dabei spielt einerseits das Home-Office eine große Rolle, weil diesem hohe individuelle Zeitersparnis-Potenziale, nicht zuletzt durch den Wegfall von Arbeitswegen, zugeschrieben werden. Außerdem wird dem Aspekt der dadurch mehr selbstbestimmten Zeit eine wichtige positive Bedeutung zuerkannt. Daneben werden Fragen nach der gesellschaftlichen Verteilung von (freier) Zeit aufgeworfen und bestehende Zeit-Ungleichheiten thematisiert („*Kurzarbeiter hatten mehr Zeit, systemrelevante Berufe dafür umso mehr Stress*“). Hierbei kommt wiederum die Digitalisierung – und allgemeiner: der Produktivitätsfortschritt – ins Spiel, indem auf eine bessere Verteilung der ‚digitalen Dividende‘ hingewiesen wird („*Es kann ja nicht sein, dass einige gar nicht und andere bis zum Umfallen arbeiten*“) und generelle Arbeitszeitverkürzungen („*eine Vier-Tage-Woche wäre fällig*“) gefordert werden.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Rezession steigt jedoch die Skepsis stark an, welche wirtschaftlichen Konsequenzen von einer dauerhaften Entschleunigung zu erwarten wären („*Mit mehr Zeitwohlstand werden wir die Wirtschaft jedenfalls nicht wieder in Schwung kriegen*“). In der Tat verbinden nun viele ihren Wunsch oder die Hoffnung auf einen Erhalt des gewohnten Lebensstandards vorrangig mit einer Wiederbelebung der Wirtschaft und Rückkehr zu ‚klassischen‘ Pfaden des Wirtschaftswachstum. Dennoch wird eine – ausschließliche Fokussierung auf

²¹ Die Sinus-Jugendstudie 2020 konstatiert: Junge Menschen streben vor allem nach einer guten Work-Life-Balance mit ausreichend Zeit für ihren Freundeskreis und ihre Familie. Zeit für sich selbst zu haben wird immer wichtiger. Sinus-Institut et al., Pressemeldung vom 23.07.2020.

das BIP-Wachstum äußerst ambivalent erlebt: Neben den absehbaren negativen Auswirkungen auf Umwelt, Klima und Ressourcen werden damit weiter zunehmende soziale Ungleichheit und – insbesondere in unterprivilegierten Gesellschaftsgruppen – weiter ansteigende Arbeits- und Zeitbelastungen für die Einzelnen verbunden („Die Politik ist auf Wirtschaftsboom gepolt – wodurch wir immer mehr arbeiten müssen“).²² So gibt die Erfahrung des Lockdowns verschiedentlich Anlass, über die Vorteile einer entschleunigten, stressfreieren und dematerialisierten Lebensweise – und in diesem Zusammenhang auch über alternative Wachstums- und Post-Wachstumsmodelle nachzudenken. Eine bedingungslose Grundsicherung erscheint dafür dann ebenso eine notwendige Voraussetzung wie eine attraktive Perspektive darzustellen.

Mögliche Auswirkungen auf die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen spielen dabei in der Auseinandersetzung mit diesem Trend weniger eine Rolle. Zwar werden von einigen positive Effekte z.B. durch die größere Bedeutung postmaterieller Werte und suffizienter Lebensstile, von der überwiegenden Mehrheit der Befragten jedoch eher Rebound-Effekte durch vermehrte Freizeitaktivitäten und damit eine steigende Ressourceninanspruchnahme erwartet. Dennoch ergeben sich Hinweise, wie neue Zeitregimes und mehr Zeitwohlstand für mehr Ressourcenschonung wirksam werden können:

- ▶ Strategien, die auf gute Work-Life-Balances – insbesondere für die jüngeren Generationen – abzielen, können mittelbar, z.B. im Sinne von Suffizienz, auch ökologisch vorteilhaft sein.
- ▶ Strategien, die eine Entlastung von Erfolgs-, Leistungs- und Wettbewerbsdruck, und somit ‚Ressourcenleichtigkeit‘ mit Entschleunigung und ‚Leichtigkeit des alltäglichen Daseins‘ verbinden, dürften für breite Bevölkerungsgruppen anschlussfähig sein und hohe Akzeptanz finden.
- ▶ Vorschläge, die eine ökonomisch-soziale Stabilisierung aufzeigen, die ohne erneut steigende Vernutzung natürlicher und menschlicher Ressourcen auskommt, dürften – auch und gerade in unterprivilegierten Gesellschaftsgruppen – eine Beibehaltung der im Zuge der Corona-Krise erfolgten Hinwendung zu postmateriellen Orientierungen und Suffizienz bewirken. Eine garantierte Existenzsicherung dürfte in diesem Zusammenhang (vor dem Hintergrund der Corona-bedingten Wirtschaftskrise zunehmende) Ängste vor den individuell-materiellen Auswirkungen einer sozial-ökologischen Transformation verringern.

Das (trügerische) Bild der „gesundeten Umwelt“

Ein in den Reflexionen zur Corona-Krise in der qualitativen Online-Community immer wiederkehrendes Deutungsmuster war, dass sich Umwelt und Natur aufgrund der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaftstätigkeit grundlegend „erholt“ und „regeneriert“ hätten. Als Begründung werden Berichte angeführt, dass in der Hochzeit der Pandemie beispielsweise „der CO₂-Ausstoß in Deutschland deutlich zurückgegangen“, „der Smog über chinesischen Städten verschwunden“ oder auch „Delphine in der Lagune von Venedig aufgetaucht“ seien. Gestützt wird dies durch Beobachtungen, die man im eigenen Umfeld gemacht haben will: „Die Luft ist besser geworden“, „der Himmel war strahlend blau“, „hier sind Tiere aufgetaucht, die vorher nicht da waren“ usw. Aus diesen Informationen und Betrachtungen resultierten dann Feststellungen, wie: „Die Umwelt hat von Corona profitiert“, „Die Natur konnte sich erholen“, „Ressourcen konnten sich regenerieren“ oder „das Klima bekam eine Atempause“.²³

²² Teilnehmer*in aus den Prekären Milieus.

²³ Auch im Nationalen Wohlstandsindex für Deutschland (NAWI-D, Stand Juni 2020), der seit 2012 vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos zusammen mit dem Zukunftsforscher Opaschowski erhoben wird, ist das Bild einer ‚erkrankten‘ Gesellschaft, aber ‚gesundeten‘ Umwelt wiederzufinden: Die Kategorie „ökologischer Wohlstand“, mit der Wahrnehmung einer intakten Umwelt und nachhaltiger Lebensweisen erfasst wird, ist in der ersten Jahreshälfte 2020 deutlich angestiegen und verzeichnet im Juni mit 35 Prozent ein Allzeithoch. Die ökonomischen, gesellschaftlichen und individuellen Faktoren werden im selben Zeitraum deutlich schlechter eingestuft

Die Schlussfolgerungen aus diesem Deutungsmuster gehen in zweierlei Richtungen. Zum einen resultieren daraus eine Motivation und ein Ansporn, „*jetzt erst recht*“ die notwendige Schonung der natürlichen Ressourcen zu einer gesellschaftlichen Aufgabe zu machen. Zum anderen werden daraus aber – oft nur immanent – Ansprüche abgeleitet, nach dem Ende der Corona-bedingten Einschränkungen unbekümmerter mit der Natur umzugehen – die nach ihrer „Erholungs-pause“ nun wieder neue Belastungen verkraften könne. Insbesondere vor dem Hintergrund anstehender Stimulierungsmaßnahmen für die Wirtschaft legitimiert diese Deutung dann Forderungen, diese ohne ökologische Herausforderungen zu berücksichtigen, umzusetzen („*Jetzt muss es um die Wirtschaft gehen, der Umweltschutz muss erstmal zurücktreten*“). Nicht zuletzt spiegelt sich in dieser Wahrnehmung ein Mensch-Natur-Dualismus, dem zufolge während der Pandemie Menschen (und die Gesellschaft) erkrankten, die Natur aber ‚gesundete‘; anschließend, wenn Mensch und Gesellschaft wieder ‚genesen‘ sind, ist es nicht zu vermeiden, dass die Natur wieder ‚krank‘ wird. In diesem Dualismus erscheint eine nachhaltige Balance unmöglich.

Das Deutungsmuster kann als ein neu entstandener „Mythos des Alltags“ (R. Barthes) gelten, in dem sich transformatorische Perspektiven mit Ansprüchen nach einer unbekümmerten Rückkehr zum Status-quo-ante verschränken. Für Nachhaltigkeitspolitik und insbesondere Nachhaltigkeitskommunikation ist es äußerst bedeutsam:

- ▶ Zum einen gilt es, durch Informationen und umfassendere, faktenbasierte Beispiele zu zeigen, dass die Corona-bedingten Umweltentlastungen keineswegs ausreichend und dauerhaft sind.
- ▶ Zum anderen gilt es, den Impetus, die Corona-bedingten Umweltentlastungen verstetigen zu wollen, kommunikativ aufzugreifen und an Einzelbeispielen zu konkretisieren, mit welchen Einzelmaßnahmen die Bürger*innen, aber auch die Politik und Wirtschaft dazu beitragen können.

Verschärfte Dissonanz: Wirtschaft versus Umwelt

Quer durch die verschiedenen Themen, die in der Online-Community reflektiert wurden, zeigte sich eine verstärkte Wahrnehmung der Notwendigkeit, „die Wirtschaft wiederzubeleben“ einerseits und der Herausforderung, „unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten“ andererseits. Mehr denn je, wurden diese Erfordernisse als zueinander in Widerspruch stehend erlebt.

Dabei war einerseits festzustellen, dass das zum Zeitpunkt der ersten Trendradar-Online-Community (im April/Mai 2019) beobachtete Momentum in Bezug auf Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsthemen (vgl. Hirschnitz-Garbers et al. 2020) nach wie vor vorhanden ist. Die seinerzeit intensiv diskutierten Anliegen von Fridays for Future, aber auch die Beobachtung von Wetterextremen oder Sorgen um die biologische Vielfalt sind nach wie vor im Alltagsbewusstsein präsent. Die Relevanz dieser Themen ist durch die Corona-Krise eher noch verstärkt worden – nicht zuletzt deswegen, weil die Covid-19-Pandemie von vielen als eine Folge eines nicht-nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen gedeutet wird („*Wenn wir die Erde weiter so ausbeuten, wird es vermehrt zu solchen Epidemien kommen*“). Gleichzeitig aber bestehen massive Sorgen bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie („*katastrophaler Abschwung*“, „*Massenarbeitslosigkeit*“, „*neue Finanzkrise*“ etc.). Somit entstehen Forderungen, der Stabilisierung der Wirtschaft, die ohne erneutes Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar ist (Hirschnitz-Garbers et al. 2020) zumindest vorerst absolute Priorität einzuräumen, auch wenn dies auf Kosten von Nachhaltigkeitszielen geht.

als noch Ende 2019. Ipsos-Pressemeldung, 27.07.2020. Online: www.ipsos.com/de-de/nationaler-wohlstandsindex-fur-deutschland-corona-sorgt-fur-leichten-wohlstandsdampfer (zuletzt 31.07.2020).

Am deutlichsten zeigen sich diese widersprüchlichen Haltungen, wenn man die Reflexion von verschiedenen Szenarien in der Online-Community analysiert. Diese boten den Teilnehmenden die Gelegenheit, verschiedene Entwicklungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie, die anhand der Trends im Einzelnen reflektiert wurden, nochmals in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu diskutieren. Zur Diskussion gestellt wurden drei Szenarien: 1. „Stärkung staatlicher Autorität und nationaler Autarkie“, 2. „Vorrang für die wirtschaftliche Wiederbelebung“ und 3. „Umschwenken zu einer nachhaltigen Entwicklung“ (abgeleitet aus den „Szenarien für die Gesellschaft nach Corona“: Schipperges 2020).²⁴ Die Teilnehmenden wurden zu jedem Szenario gefragt, a) welche dieser Entwicklungen sie für „wahrscheinlich“ und b) welche sie für „wünschenswert“ halten. Die (quantitativen)²⁵ Ergebnisse sind in Tabelle 1 dargestellt:

Tabelle 1: Einschätzung der Szenarien in Bezug auf Wahrscheinlichkeit und Wünschbarkeit

Szenario	wahrscheinlich	wünschenswert
Stärkung der Regierungen und der nationalen Interessen	15%	12%
Vorrang für die wirtschaftliche Wiederbelebung	69%	31%
Umschwenken auf eine nachhaltige Entwicklung	15%	57%
n=	110	107

Trendradar: Online-Community II, Durchführung: sociodimensions, 25. Mai bis 10. Juni 2020.

Es zeigt sich, dass nationalistische und obrigkeitstaatliche Entwicklungen wenig gewünscht und ebenso wenig wahrscheinlich gesehen werden. Dagegen wird der Vorrang für die wirtschaftliche Wiederbelebung nach der Corona-Krise – auch auf Kosten von Nachhaltigkeitszielen – von weniger als einem Drittel der Befragten (31 Prozent) gewünscht, jedoch von weit mehr als zwei Dritteln (69 Prozent) als wahrscheinlich antizipiert. Ein umfassender Kurswechsel der Politik im Sinne der sozial-ökologischen Transformation findet also – nicht zuletzt vor dem Hintergrund weit verbreiteter Öko-Normen in der Gesellschaft – zwar mehrheitlich Akzeptanz, wird aber kaum für realpolitisch durchsetzbar gehalten.

Dieses deutliche Auseinanderklaffen von Wunsch und Erwartung zeigt sich noch deutlicher, wenn man die Zusammenhänge zwischen den beiden Antworten analysiert: Es zeigt sich, dass ein knappes Viertel (23 Prozent von allen Befragten) sowohl die „Wirtschaftliche Wiederbelebung“ wünscht als auch für wahrscheinlich hält; ein knappes Siebtel glaubt, dass das gewünschte „Umschwenken zu einer nachhaltigen Entwicklung“ auch tatsächlich eintreffen wird; der weit-aus größte Anteil aber (40 Prozent aller Befragten) hält zwar einerseits eine nachhaltige Entwicklung für wünschenswert, geht jedoch davon aus, dass in Wirklichkeit die wirtschaftliche Wiederbelebung Vorrang erhalten wird. Die Zusammenhänge im Einzelnen sind in Tabelle 2 dargestellt:

²⁴ Für die empirische Reflexion in der Online-Community wurden die wissenschaftlichen Beschreibungen der Szenarien in eine vom Bildungsniveau unabhängige, allgemein verständliche Sprache ‚übersetzt‘.

²⁵ Diese und die im Folgenden genannten Prozentwerte können nicht auf Verteilungen in der Grundgesamtheit („Bevölkerung“) hochgerechnet werden, da sie nicht auf repräsentativer Basis ermittelt wurden. Aufgrund einer Stichprobe von mehr als 100 Befragten aus allen sozialen Milieus vermögen sie jedoch Größenordnungen zu veranschaulichen, innerhalb derer derartige Einschätzungen auch in der Gesamtbevölkerung zu erwarten sind. Abweichungen von +/-1 Prozent in den ausgewiesenen Differenzen sind rundungsbedingt.

Tabelle 2: Zusammenhänge in den Einschätzungen der Szenarien als „wahrscheinlich“ und „wünschenswert“²⁶

		wahrscheinlich			Summe
		Stärkung staatlicher Autorität und nationaler Autarkie	Vorrang für die wirtschaftliche Wiederbelebung	Umschwenken zu einer nachhaltigen Entwicklung	
wünschenswert	Stärkung staatlicher Autorität und nationaler Autarkie	7%	5%	1%	12%
	Vorrang für die wirtschaftliche Wiederbelebung	6%	23%	2%	31%
	Umschwenken zu einer nachhaltigen Entwicklung	4%	40%	13%	57%
Summe		15%	69%	15%	100%

Trendradar: Online-Community II, Durchführung: sociodimensions, 25. Mai bis 10. Juni 2020, n=107 Befragte. Die Diskrepanz zwischen der mehrheitlichen Einschätzung des Szenarios „Vorrang für die wirtschaftliche Wiederbelebung“ als „wahrscheinlich“ und der Beurteilung des Szenarios „Umschwenken auf eine nachhaltige Entwicklung“ als „wünschenswert“ verweist auf eine Dissonanz zwischen zwei, aus der Alltagsperspektive als ‚notwendig‘ gedeuteten Herausforderungen hin: zum einen die Stabilisierung des sozial-ökonomischen Systems, zum anderen der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Einerseits erscheint die Aufgabe, Beschäftigung, Einkommen und Sozialleistungen abzusichern, (vor)dringlich; andererseits erfordert die ökologische Krise zur Sicherung der Zukunft aller nach wie vor eine umfassende Lösung. Dabei hat die Corona-Krise zusätzlich deutlich werden lassen, wie verletzlich unsere ökonomischen und ökologischen Systeme sind; zudem haben während des Lockdowns gemachte Erfahrungen nochmals deutlicher hervortreten lassen, dass mit einer Entschleunigung des Alltags, mit besserem sozialem Zusammenhalt und sogar mit Konsumverzicht für das persönliche Leben durchaus positive Aspekte verbunden sein können. Obwohl also während der Corona-Krise vielfach ökologische und postmaterielle Orientierungen – und damit grundsätzlich auch Anschlussfähigkeit und Akzeptanz ambitionierter Nachhaltigkeitsstrategien – gestärkt wurden, sehen sich viele Befragte dennoch zunächst mit einer existenziellen wirtschaftlichen Bedrohung konfrontiert, die – wie es ein*e Teilnehmer*in auf den Punkt brachte – die wirtschaftliche Wiederbelebung als das „*kleinere Übel*“ erscheinen lässt.

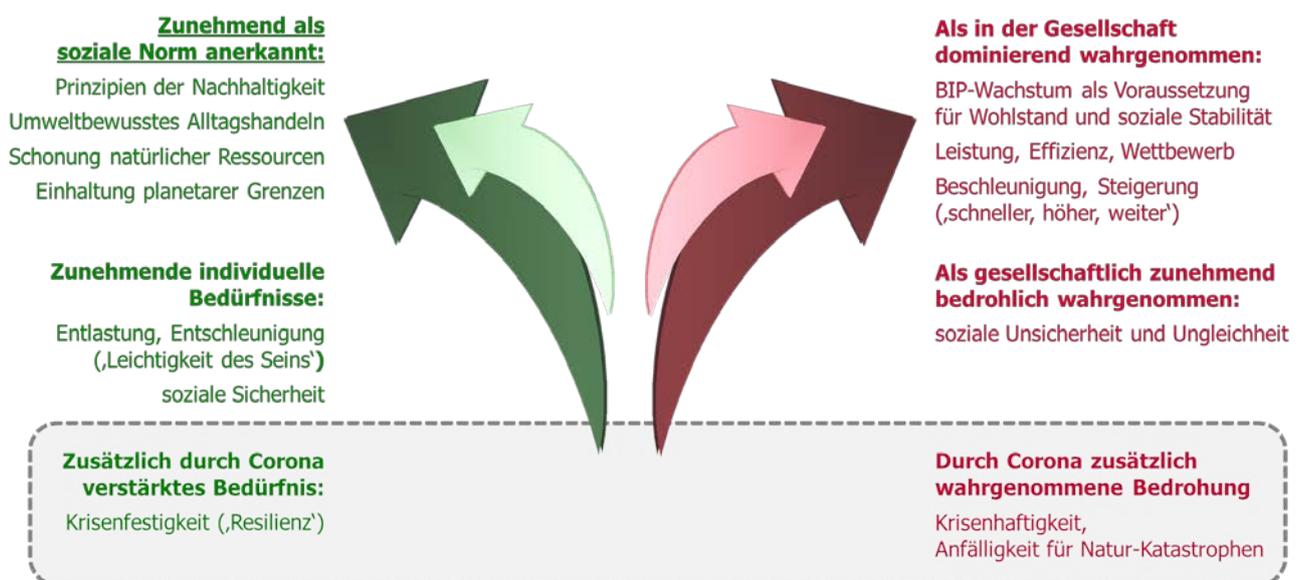
Diese – auch in früheren Studien schon zu beobachtende (Hirschnitz-Garbers et al. 2020, Schipperges et al. 2018) – ‚normative Dissonanz‘ hat sich vor dem Hintergrund der Corona-Krise weiter vergrößert. Einerseits wird (mehr) Ressourcenschonung und eine insgesamt nachhaltige(re) Entwicklung für wünschenswert und notwendig erachtet. Im Sinne einer breit akzeptierten sozialen Norm ist dies auch in den Wertesystemen vieler Bürger*innen fest verankert. Andererseits werden soziale und vor allem ökonomische Zwänge – insbesondere hinsichtlich des Wachstums der Wirtschaft –, aber auch individuelle Convenience- und Komfort-Bedürfnisse ausgemacht, die

²⁶ Abweichungen in den Summen und von 100% sind rundungsbedingt.

einer Verringerung der gegenwärtigen Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen entgegenstehen. Aus Sicht der Befragten kollidieren insofern zwei verschiedene, beide als unvermeidlich, aber auch als unvereinbar angesehene Tendenzen: Zum einen die Notwendigkeit von Leistungs- und Output-Steigerung, Zeitverdichtung, Wachstums- und Gewinnerorientierung; zum anderen Nachhaltigkeits- und Ressourcenschonungs-Imperative, die mit (Selbst-) Beschränkung, Dauerhaftigkeit und Orientierung an einem begrenzten Umweltraum zu tun haben.

Diese auch vorher schon bestehenden Dissonanzen und Dilemmata haben sich im Zuge der Corona-Krise verschärft, indem neue Aspekte hinzugekommen sind: Die Krisenhaftigkeit des bestehenden Entwicklungsmodells, die nicht zuletzt aus einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen resultiert, ist bewusster geworden; gleichzeitig sind Bedürfnisse nach Sicherheit und Entlastung, sei es in Bezug auf die materielle Existenz, sei es hinsichtlich allfälliger weiterer Krisen, stärker hervorgetreten. Neben dem Denken in einem Dualismus zwischen Mensch und Natur (vgl. vorhergehenden Abschnitt) sind also auch Vorstellungen von einem Gegensatz zwischen Umwelt und Wirtschaft stärker geworden. Abbildung 1 soll diese Entwicklung verdeutlichen:

Abbildung 1: Normative Dissonanz



Quelle: Eigene Darstellung.

Die kleineren, helleren Pfeile symbolisieren dabei schon seit längerem festzustellende Dissonanz (z.B. Schipperges et al. 2018); die größeren, dunkleren Pfeile deuten an, dass sich diese Dissonanz während der Corona-Krise deutlich verstärkt hat. Die Folgen dieser dissonant oder als Dilemmata wahrgenommenen Herausforderungen können unterschiedlich sein: das Spektrum reicht von Wünschen (oder oft eher latenten Sehnsüchten) nach veränderten Rahmenbedingungen über Nachdenklichkeit und Orientierungssuche bis zu Ohnmachtsgefühlen und Resignation.

Für die Ressourcen- und Nachhaltigkeitspolitik folgt daraus die Notwendigkeit zur konzeptionellen und kommunikativen Intervention; diesbezüglich ergeben sich verschiedene Ansatzpunkte:

- Gesellschaftliche Entwicklungen vorstellbar machen, in denen (wirtschaftliche) Stabilität der individuellen Lebenslagen mit (ökologischer) Nachhaltigkeit einhergeht, z.B. in Form von positiven und aktivierenden Zukunftsnarrativen (vgl. Hackfort et al 2019, Espinosa et al. 2017).

Diese können neue Vorstellungswelten und Denkräume öffnen, und so dazu beitragen, mentale Lock-ins und vorgestellte Dilemmata zu überwinden. Zunehmend wichtig geworden ist dabei, sozio-ökonomische Aspekte der sozialökologischen Transformation zu erklären.

- ▶ Das ‚Momentum‘ für eine nachhaltige Entwicklung, das sich im Laufe des Jahres 2019 entwickelt hat und im Jahr 2020 weiterhin im Alltagsbewusstsein präsent, aber angesichts der Corona-Pandemie diskursiv in den Hintergrund getreten ist, wieder sichtbar(er) machen und als zivilgesellschaftlichen ‚Verstärker‘ für sozial-ökologische Ziele (wieder) wirksam werden lassen.
- ▶ Existenzielle Befürchtungen, die mit einer nachlassenden Wachstumsdynamik verbunden sind, beispielsweise durch überzeugende Konzepte einer sozialen Grundsicherung abmildern.

Quellenverzeichnis

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB); Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (2017): Umweltbewusstsein in Deutschland 2016: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin / Dessau-Roßlau.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU); Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (2019): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin / Dessau-Roßlau.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (Hrsg.) (2020): Umweltpolitische Digitalagenda. Berlin.
- Eisele, Jürgen (2011): Marktforschung 2.0 mit Market Research Online Communities (MROCs). In: Wagner, Udo; Wiedmann, Klaus-Peter; Oelsnitz, Dietrich (Hrsg.): Das Internet der Zukunft. Wiesbaden: S. 199 -225.
- Espinosa, Cristina; Pregernig, Michael; Fischer, Corinna (2017): Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung. Zwischenbericht. UBA-Texte 86/2017. Dessau-Roßlau.
- Hackfort, Sarah; Zwiers, Jakob; Hirschnitz-Garbers, Martin; Schipperges, Michael (2019). Die Zukunft im Blick: Sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Trends der Ressourcenschonung. Umweltbundesamt, Dessau Roßlau.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2008): Deutsche Zustände. Band 7, Frankfurt a. M.
- Hirschnitz-Garbers, M.; Tan, A.R.; Gradmann A.; Srebotnjak, T. (2015): Key Drivers for Unsustainable Resource Use – Categories, Effects and Policy Pointers. Journal of Cleaner Production 132 (September): 13–31. doi:10.1016/j.jclepro.2015.02.038.
- Hirschnitz-Garbers, Martin; Araujo Sosa, Ariel; Zwiers, Jakob; Hackfort, Sarah; Schipperges, Michael (2020): Methodentriangulation zur Ermittlung und Bewertung von gesellschaftlichen Trends und ressourcenpolitischen Maßnahmen. Teilbericht aus dem Trendradar-Projekt. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.
- Holzhauser, Brigitte; Gossen, Maïke; Schipperges, Michael; Scholl, Gerd (2015): Online- und Panel-Erhebungen zur sozialwissenschaftlichen Erforschung von Umweltbewusstsein. Schriftenreihe des IÖW 209/15. Berlin.
- Mayring, Philipp; Gläser-Zikuda, Michaela (Hrsg.) (2005): Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim / Basel.
- Schipperges, Michael; Berg, Holger; Schnurr, Maria (2018): Erfolgsbedingungen für Systemsprünge und Leitbilder einer Ressourcenleichten Gesellschaft. Band 4: Auswertung empirischer Studien zur umweltbezogenen Konsum- und Lebensstilforschung, Auswertung der Leitbilder mit unterschiedlichen Stakeholder-Gruppen, empirische Erfassung und Analyse von Leitbildern einer Ressourcenleichten Gesellschaft in unterschiedlichen sozialen Milieus. UBA-Texte 87/2018. Dessau-Roßlau.
- Schipperges, Michael (2019): Soziale Milieus in Deutschland. Internet: <http://sociodimensions.com/wp-content/uploads/Schipperges-2019-Soziale-Milieus-in-Deutschland.pdf> (zuletzt 31.07.2020).
- Schipperges, Michael (2020): Wie entwickelt sich die Gesellschaft nach der Corona-Krise? – Drei Szenarien. Internet: <http://sociodimensions.com/wp-content/uploads/Einstellungswandel-nach-der-Coronakrise-2020-05-26.pdf> (zuletzt 31.07.2020)
- Theobald, Axel (2017): Praxis Online-Marktforschung – Grundlagen, Anwendungsbereiche, Durchführung. Wiesbaden.
- UBA (2020): Positionspapier Mai 2020 – Nachhaltige Wege aus der Wirtschaftskrise. Umwelt und Klima schützen, Beschäftigung sichern, sozialverträgliche Transformation einleiten. Dessau-Roßlau.